

Der NSU und der Verfassungsschutz



Bündnis gegen Rassismus und Rechtsradikalismus

**Kerstin Köditz (MdL), NSU-Untersuchungsausschuss
Mitglied des sächsischen Landtags**

Zeche Carl am 29. April 2013 um 19 Uhr

Der NSU und der Verfassungsschutz

Spitzeln, Schreddern, Staatsversagen

Bundeskanzlerin Merkel glaubt, dass jetzt alles getan werde, "damit diese Dinge wirklich vollständig aufgeklärt werden".

„Diese Dinge“: damit ist die rassistische Mordserie des NSU gemeint. Von einer Aufklärung allerdings, gar von einer vollständigen, sind wir noch weit entfernt. Diese Einschätzung gilt für die Bundesebene, sie gilt auch für Bayern, Sachsen und Thüringen, also für jene Bundesländer, in denen es ebenfalls Untersuchungsausschüsse zum Thema gibt.

In Thüringen handelt es sich noch immer um die „Zwickauer Zelle“, in Sachsen um das „Thüringer Trio“. Und auch der Generalbundesanwalt verharrt auf der krassen Fehleinschätzung, dass es sich beim NSU um „isolierte Einzeltäter“ gehandelt habe. 129 Namen sind auf der Liste der Beschuldigten und Kontaktpersonen. Ein neonazistisches Netzwerk also.

Kerstin Köditz, Mitglied im sächsischen NSU - Untersuchungsausschuss, berichtet über die Vertuschungstaktik des Inlandsgeheimdienstes, mangelndes Aufklärungsinteresse der sächsischen Staatsregierung und eine unfähige Polizei. Sie zeigt Spuren auf, denen die Ermittler einfach nicht nachgegangen sind. Für Kerstin Köditz ist der „Verfassungsschutz“ stets Teil des Problems und nicht Teil der Lösung.

„Man kann ihn nicht reformieren, man muss ihn abschaffen“, sagt sie.

Essen stellt sich quer

Bündnis gegen Rassismus und Rechtsradikalismus

V.i.S.d.P.: Im Büro des Anti-Rassismus-Telefons: Friedrich-Ebert-Str. 30, 45127 Essen

